



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild SPD**

Schneekanonen- und Lift-Offensive am Riedberger Horn: Naturnaher Tourismus oder Skischaukel light durch die Hintertür?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zeitnah zu berichten,

- wie das von Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Frühjahr 2018 verkündete Ziel, mit Balderschwang und Obermaiselstein im Oberallgäu „Modelldörfer für modernen Ski- und Bergtourismus im Einklang mit der Natur“ zu schaffen, mit den vom Landratsamt Oberallgäu genehmigten Plänen für einen massiven Ausbau mit Schneekanonen und Beschneigungsteichen und der Aufrüstung der Lifte im Grasgehrenkessel in Einklang zu bringen ist,
- wie der Bau eines Beschneigungsteichs in einem Quellmoorbereich sich in das Klimaschutz- und Moornaturierungskonzept der Staatsregierung einfügt,
- wofür die von der Staatsregierung versprochenen 20 Mio. Euro Förderung für „naturnahen Tourismus“ jetzt konkret verwendet werden sollen und
- ob es hinsichtlich des vom Ministerpräsidenten persönlich versprochenen „Ski- und Bergtourismus im Einklang mit der Natur“ verbindliche ökologische Kriterien oder Vereinbarungen mit den beteiligten Gemeinden gibt?

Begründung:

Nach dem jahrelangen heftigen öffentlichen Streit um den geplanten Bau einer Skischaukel in streng geschützten Bereichen am Riedberger Horn, Landkreis Oberallgäu, verkündete Ministerpräsident Dr. Markus Söder im April 2018 überraschend eine Kehrtwende und versprach, man werde die beteiligten Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein zu „Modelldörfern für modernen Ski- und Bergtourismus im Einklang mit der Natur“ entwickeln (SZ vom 18.04.2018). Dafür sollten nachhaltige Tourismusprojekte mit 20 Mio. Euro gefördert werden – ein Vielfaches von dem, was der Freistaat in das Nachhaltigkeits-Vorzeigeprojekt „Bergsteigerdörfer“ des Alpenvereins investiert.

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt hielten die Beteiligten vor Ort aber an wesentlichen Elementen des Skischaukelplans fest. In der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Florian von Brunn (Drs. 17/22105) schrieb die Staatsregierung bereits im Mai 2018: „Um das Skigebiet Grasgehren zu modernisieren, beabsichtigt die Grasgehrenlifte Betriebs GmbH, eine bestehende Doppelschlepplifffanlage (Grasgehrenlifte III und IV) durch eine moderne, kuppelbare 8er Sesselbahn (Hörnlebahn) zu ersetzen. Hierzu wurde am 22.04.2014 beim Landratsamt Oberallgäu die Erteilung einer Bau- und Betriebsgenehmigung beantragt. Des Weiteren wurde am 28.11.2017 die Anlage eines Speicherteichs mit einer Kubatur von ca. 26.000 m³ für

eine ausreichende Beschneidung der dortigen Trainings- bzw. Rennstrecke des Bundesstützpunkts für Ski- und Boardercross beantragt.“

Im August und September 2018 wurden beide Vorhaben vom Landratsamt Oberallgäu – fast unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit – trotz erheblicher Bedenken und Einwände von Deutschem Alpenverein, Bund Naturschutz und Landesbund für Vogelschutz genehmigt. In der Antwort auf die o. g. Schriftlichen Anfrage heißt es bezüglich der Bedeutung der betroffenen Bereiche: „Nach Auskunft des Landratsamts Oberallgäu befindet sich im Grasgehrenkessel ein Teil eines Biotopkomplexes, in dem auch Hochmoore von nationaler Bedeutung enthalten sind. Es gebe im Kessel ... keine nennenswerte Offenlandfläche, die nicht die Qualität eines Biotops nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) besitze.“ Viele der in der Antwort zitierten Aussagen des Landratsamts, die zum Beispiel die dortige Birkhuhn-Population oder die Bedeutung der betroffenen Moorbereiche betreffen, sind aber umstritten und werden von den Naturschutzverbänden naturschutzfachlich fast entgegengesetzt beurteilt.

Damit liegt der Verdacht nahe, dass das „Projekt Skischaukel“ am Riedberger Horn, und damit ein wenig naturfreundlicher und nachhaltiger Tourismus, in wesentlichen Teilen weiterverfolgt wird – und das, obwohl ca. 20 Mio. Euro Förderung für „naturnahen Tourismus“ fließen oder fließen sollen. Hierzu muss sich die Staatsregierung zeitnah erklären. Andernfalls bleibt der fatale Eindruck bestehen, dass es sich bei dem Auftritt und den Versprechen des Ministerpräsidenten im April 2018 nicht um eine umweltpolitische Kehrtwende in der Alpenpolitik, sondern um ein bloßes Wahlkampfmanöver gehandelt hat.